

L1 Ostsee im Wandel: Lebensräume retten, Frieden sichern

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 24.04.2025

Tagesordnungspunkt: 6. Leitantrag: "Ostsee im Wandel: Lebensräume retten, Frieden sichern"

Antragstext

1 Mehr als nur ein Meer: die Ostsee. Sie prägt unser Leben in Mecklenburg-
2 Vorpommern auf vielfältige Weise. Sie formt von jeher unsere Landschaft, liefert
3 Energie und Nahrung. Als Klimafaktor sorgt sie für angenehm kühle Sommer und
4 milde Winter. Doch sie ist noch viel mehr: Sie ist Lebensraum, Wirtschaftsraum
5 und Erholungsort. Mit ihrer Schönheit und Vielfalt zieht sie jedes Jahr
6 Millionen von Besuchern an – und macht Mecklenburg-Vorpommern auch 2024 erneut
7 zum beliebtesten Reiseziel in Deutschland [1]. Als sensibles ökologisches System
8 verdient die Ostsee unseren besonderen Schutz und verantwortungsvolles Handeln.

9 Denn Fakt ist: Die Ostsee steht unter Druck. Laut EU-Klimadienst Copernicus, war
10 2024 das heißeste Jahr in Europa seit Beginn der Aufzeichnungen [2]. Während
11 sich die Weltmeere in den letzten 30 Jahren um 0,5 Grad erwärmten, stieg die
12 Temperatur der Ostsee überdurchschnittlich an – um etwa zwei Grad. Zusätzlich
13 belasten Emissionen aus Industrie und Schifffahrt sowie Nährstoffeinträge aus
14 der Landwirtschaft das fragile Ökosystem. Seit Jahrzehnten kämpft die Ostsee mit
15 Problemen wie Überdüngung, Vermüllung und gefährlichen Altlasten wie
16 Weltkriegsmunition – eine schleichende Bedrohung für Mensch und Natur.

17 Die Folgen sind längst spürbar: Der Meeresspiegel steigt, Sturmfluten nehmen zu,
18 maritime Lebensräume schwinden. Diese Entwicklungen bringen tiefgreifende Folgen
19 mit sich – vom Rückgang der Fischbestände bis hin zu verstärkter Küstenerosion.
20 Traditionelle Wirtschaftsbereiche, wie die Küstenfischerei und der Tourismus,
21 geraten zunehmend unter Druck. Gleichzeitig verschärfen sich die
22 sicherheitspolitischen Spannungen im Ostseeraum – was eine nachhaltige und
23 friedensorientierte Politik umso wichtiger macht. Insbesondere die zunehmenden
24 hybriden Bedrohungen durch Russland – wie z.B. die Durchfahrt von maroden
25 Tankern, die Beschädigung von Datenkabeln oder direkte militärische Präsenz -
26 machen deutlich, dass der Schutz kritischer Infrastrukturen und die
27 Verteidigungsfähigkeit der Küstenregion und des Ostseeraums zu einer Priorität
28 der Landes- und Bundespolitik werden müssen. .

29 Die Ostsee ist Natur-, Lebens- und Wirtschaftsraum. Ihr Schutz ist eine
30 Investition in unsere Zukunft - in Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität.
31 Deshalb setzen wir uns für einen ganzheitlichen Ansatz ein, der ökologische,
32 wirtschaftliche und sicherheitspolitische Perspektiven vereint. Für ein
33 klimaneutrales, lebenswertes und sicheres Mecklenburg-Vorpommern.

34 Als Küstenland trägt MV eine besondere Verantwortung. Es ist entscheidend, dem
35 menschengemachten Klimawandel entgegenzuwirken und gleichzeitig aktiv
36 Anpassungsmaßnahmen an seine Folgen zu gestalten. Wir sind überzeugt: Unsere
37 Region bietet große Chancen für eine nachhaltige Zukunft. Der Ausbau
38 erneuerbarer Energien, eine umweltfreundliche Wirtschaftspolitik und gezielter
39 Meeresschutz können Mecklenburg-Vorpommern zum Leuchtturm für nachhaltiges
40 Wirtschaften machen. Ein zentraler Hebel liegt in einer verstärkten europäischen

41 Zusammenarbeit – insbesondere im Rahmen der EU-Ostseestrategie sowie gemeinsamen
42 Forschungsaktivitäten im Ostseeraum. Zusammen mit unseren Nachbarn wollen wir
43 grenzüberschreitende Lösungen entwickeln: für Klimaschutz, maritime Sicherheit
44 und eine nachhaltige Nutzung der Ostsee. Mecklenburg-Vorpommern kann dabei als
45 Brückenbauerin und Modellregion eine führende Rolle übernehmen.

46 1. Schutz der Ostsee

47 Als flaches Randmeer ist die Ostsee besonders anfällig für die Folgen der
48 Klimakrise. Steigende Wassertemperaturen, die Ausbreitung sauerstoffarmer Zonen
49 („Todeszonen“) sowie der dramatische Rückgang der Dorsch- und Heringsbestände
50 zeigen, dass unsere Meeresumwelt unter gewaltigem Druck steht. Doch statt
51 entschlossen gegenzusteuern, gelangen weiterhin zu viele Nährstoffe in die
52 Ostsee – ein klarer Verstoß gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die EU-
53 Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) und den HELCOM-Aktionsplan (Baltic Sea
54 Action Plan). Allein aus Mecklenburg-Vorpommern gelangen jährlich rund 380
55 Tonnen Phosphor und 14.100 Tonnen Stickstoff in die Ostsee, überwiegend aus
56 landwirtschaftlichen Quellen [3]. Durch fortschreitende Korrosion versunkener
57 Weltkriegsmunition treten bereits heute giftige Sprengstoffverbindungen aus –
58 mit zunehmender Gefahr für die Meeresumwelt [4].

59 Meeresschutzgebiete sind unter diesen Bedingungen dringend notwendige
60 Rückzugsorte für bedrohte Arten und ein Schutzraum für deren Lebensräume. Etwa
61 45 Prozent der deutschen Meeresfläche in der Ostsee sind bereits als
62 Schutzgebiete ausgewiesen. Die Ausweisung von Gebieten allein bedeutet jedoch
63 nicht automatisch, dass diese auch umfassend und nachhaltig geschützt sind. So
64 gibt es zwar für eine Reihe von Meeresschutzgebieten Managementpläne, diese sind
65 aber teilweise unkonkret und lückenhaft - ein Zustand, der von Umweltverbänden,
66 Wissenschaftler*innen und EU-Institutionen immer wieder kritisiert wird. Diese
67 unklare Situation führt dazu, dass Schutzgebiete weiterhin intensiv
68 wirtschaftlich genutzt werden – etwa durch die Fischerei, die Schifffahrt oder
69 für den Abbau von Sand und Kies. Für wirksamen Schutz braucht es verbindlichere
70 Regeln, eine konsequente Überwachung und besser abgestimmte Maßnahmen – vor
71 allem zwischen Bund und Ländern. Die Einhaltung europäischer Vorgaben – von der
72 EU-Wasserrahmenrichtlinie über das Natura-2000-System bis zur EU-
73 Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie – muss auch auf Landesebene hohe Priorität
74 haben.

75 Um die Ostsee wirksamer zu schützen, fordern wir ein umfassendes Maßnahmenpaket.

76 Nährstoffeinträge begrenzen

- 77 • Die Landesregierung wird beauftragt, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür
78 einzusetzen, dass die künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028 einen
79 klaren Fokus auf die Förderung einer ökologisch nachhaltigen und
80 gewässerschonenden Landwirtschaft legt.
- 81 • Die landesspezifischen Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen (AUKM) sollen
82 verbessert und auf eine wirksame Nährstoffreduktion in der Landwirtschaft
83 ausgerichtet werden.
- 84 • Die Landesregierung bekennt sich zu den Zielen der „Strategie zum Schutz
85 und zur Nutzung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern“ und berücksichtigt

86 insbesondere degradierte Moore an der Küste und an Fließgewässern, die ein
87 hohes Potenzial für den Nährstoffrückhalt bieten.

88 • Auf Landesebene soll ein nachhaltiges und integriertes Wassermanagement
89 eingeführt werden, das die Entwicklung eines landesweiten
90 Monitoringsystems für Nährstoffeinträge umfasst.

91 • Das Landeswassergesetz muss überarbeitet werden, damit es wirksame und
92 gleichzeitig bürokratiearme Festlegungen zum Schutz der Gewässer enthält,
93 zum Beispiel über erweiterte Gewässerschutzstreifen und die Einführung
94 eines elektronischen Meldesystems für Wirtschaftsdünger nach Vorbild von
95 NRW und Niedersachsen.

96 Müllbelastung reduzieren

97 • Die Landesregierung soll Präventionsmaßnahmen ergreifen, insbesondere
98 entlang der Küste – zum Beispiel die Förderung von Mehrwegverpackungen,
99 Pfandsystemen und Recyclingstrukturen in Tourismusregionen.

100 • Der Coastal Cleanup Day soll ein landesweiter Aktionstag werden, der fest
101 verankert in allen Bereichen ist. Neben der direkten Reinigung der Strände
102 trägt der Aktionstag wesentlich zur Sensibilisierung der Bevölkerung für
103 die Bedeutung von Abfallvermeidung und Umweltschutz bei.

104 • Es müssen Maßnahmen und Projekte angestoßen werden, um die Verschmutzung
105 durch Zigarettenkippen an den Stränden zu verringern. Dabei soll sich das
106 Land an anderen Projekten orientieren, die bereits Erfolg hatten –
107 Eckernförde (SH) zum Beispiel, führte 2022 rauchfreie Bereiche ein,
108 wodurch die Zahl der Zigarettenstummel halbiert wurde – ganz ohne aktive
109 Kontrolle.

110 • Die Landesregierung soll die Küstenkommunen bei der Einführung einer
111 kommunalen Verpackungssteuer für Einwegverpackungen unterstützen, etwa
112 durch rechtliche Beratung, Mustersatzungen und Förderprogramme.

113 • Die Landesregierung soll ein Landesprogramm zur Bergung von verlorenen
114 Fischernetzen („Geisternetze“) dauerhaft finanzieren, sowie Programme zur
115 Vermeidung von Netzverlusten initiieren.

116 Munitionsaltlasten beseitigen

117 • Einrichtung eines Expertenkreises „Munition im Meer“ auf Landesebene nach
118 dem Vorbild Schleswig-Holsteins, um die Beräumung strategisch
119 voranzutreiben.

120 • Aktive Unterstützung des begonnenen Prozesses zwischen Bund und Ländern
121 zur Bergung der Munitionsaltlasten im Meer und Eintreten für eine faire
122 Verteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern.

123 Schutzgebiete stärken

124 • Konsequente Fortführung und Ausbau des Engagements Mecklenburg-Vorpommerns
125 im Rahmen der EU-Ostseestrategie. Bestehende Kooperationen mit

- 126 Partnerregionen im Ostseeraum sollen intensiviert und neue Partnerschaften
127 initiiert werden.
- 128 • Konsequenter Schutz bestehender Schutzgebiete in der Ostsee (wie FFH- und
129 Vogelschutzgebiete), zum Beispiel durch die Erarbeitung von
130 Zonierungskonzepten mit Fischerei und Nutzungsverböten in sensiblen Zonen.
 - 131 • Wiederherstellung von Laich- und Rückzugsgebieten für Fische über die
132 Renaturierung von Küstengewässern, Bodden und Flachwasserzonen zur
133 Wiederherstellung von wichtigen Lebensräumen (z.B. für Dorsch, Hering,
134 Meerforelle).
 - 135 • Entwicklung und Umsetzung eines wirksamen Schutzgebietsmanagements mit
136 konsequenter Umsetzung von Schutz- und Kontrollmaßnahmen auf der Basis
137 ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen
 - 138 • Stärkung der Umsetzung europäischer Umweltziele auf Landesebene durch
139 Beteiligung an EU-Förderprogrammen wie LIFE und INTERREG, die Förderung
140 nachhaltiger Regionalentwicklung und Kooperation mit Partnerregionen im
141 Ostseeraum.
 - 142 • Förderung von Bildungsprojekten und Teiligungsformaten an Schulen,
143 Museen und Nationalparkeinrichtungen
 - 144 • Informationskampagnen für die lokale Bevölkerung zu marinen
145 Schutzgebieten, mariner Artenvielfalt und zur Notwendigkeit eines
146 regulierenden Schutzgebietsmanagements.

147 2. Küstenschutz

148 Der durch den Klimawandel bedingte Meeresspiegelanstieg stellt eine zunehmende
149 Herausforderung für die Küstenregionen entlang der Ostsee dar. Stärkere und
150 häufigere Sturmfluten sowie verstärkte Küstenerosion bedrohen sowohl Siedlungen,
151 Infrastruktur und landwirtschaftlich genutzten Flächen als auch wertvolle
152 Naturräume. Wellen, Brandung und Strömungen drängen die Küste kontinuierlich
153 zurück, sodass Gemeinden sich gleichermaßen vor Überflutung und Erosion schützen
154 müssen. Der größte Teil des Schutzes wird dabei durch Küstenschutzdünen, Deiche
155 und Buhnen geleistet. Zusätzlich sollen technische Verfahren wie Aufspülungen
156 oder Baggerungen verhindern, dass sich die Küstenmorphologie verändert. All
157 diese traditionellen Küstenschutzmaßnahmen sind sehr kostenintensiv und greifen
158 oft stark in die natürlichen Prozesse ein. Dabei geht es auch anders.
159 Seegraswiesen, renaturierte Feuchtgebiete und Dünen bieten vielfältige Vorteile:
160 Sie schützen die Küste, fördern die Biodiversität, binden CO₂ und passen sich
161 dynamisch an veränderte Bedingungen an. Mecklenburg-Vorpommern hat mit seiner
162 langen Ostseeküste eine besondere Verantwortung, innovative und nachhaltige
163 Küstenschutzkonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Wichtig ist, dass die
164 Konzepte auf wissenschaftlich basierten Prognosen des Meeresspiegelanstiegs
165 aufbauen. So können sie auch als Modellprojekte für andere Küstenregionen dienen
166 und die Vorreiterrolle des Landes im Bereich des ökologischen Küstenschutzes
167 stärken.

168 Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenpaketes zum
169 Schutz der Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern:

- 170 • Die vorhandenen Deiche sollen auf ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber
171 Sturmfluten und steigendem Meeresspiegel überprüft und wo nötig verstärkt
172 werden. Dabei sollen ökologische Bauweisen bevorzugt werden, die Raum für
173 natürliche Dynamiken lassen und gleichzeitig den Schutz von Küstenorten
174 gewährleisten.
- 175 • In geeigneten Bereichen sollen kontrollierte Überflutungsflächen
176 geschaffen werden, die bei Sturmfluten als natürliche Puffer dienen.
177 Gleichzeitig sollen degradierte Küstenfeuchtgebiete renaturiert werden, um
178 ihre Funktion als natürliche Küstenschutzsysteme wiederherzustellen.
- 179 • Dünen sind natürliche Barrieren gegen Sturmfluten. Es sollen Programme zur
180 Stabilisierung und zum Schutz bestehender Dünensysteme sowie zur Neuanlage
181 von Dünen in gefährdeten Küstenabschnitten entwickelt werden. Dabei dürfen
182 die wenigen verbliebenen naturnahen Dünen- und Strandwallbereiche nicht
183 mit künstlichen Befestigungen oder Steinanschüttungen befestigt werden.
- 184 • Seegraswiesen sind natürliche Wellenbrecher, die Erosion verhindern, CO₂
185 binden und wichtige Lebensräume für die marine Biodiversität. Projekte zur
186 Entwicklung wissenschaftlich fundierter Konzepte zur Renaturierung von
187 Seegraswiesen sind notwendig.
- 188 • Wir fordern ein schnelleres und besser koordiniertes Handeln der
189 verschiedenen Akteure und Verwaltungsebenen. Dabei müssen die aktuellen
190 wissenschaftlichen Erkenntnisse in das Landesraumentwicklungsprogramme-MV
191 und die betroffenen Regionalen Raumentwicklungsprogramme der
192 Planungsverbände eingebunden werden.

193 3. Erneuerbare Energien

194 Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, eine Vorreiterrolle bei der
195 Energiewende einzunehmen und bis spätestens 2035 klimaneutral zu werden. Dafür
196 müssen wir den bereits geplanten Ausbau erneuerbarer Energien massiv
197 vorantreiben und unnötige fossile Infrastruktur vermeiden. Offshore-Windenergie
198 ist besonders effizient, denn auf See weht der Wind beständiger und
199 durchschnittlich stärker als an Land. Auf Meeresflächen erzeugter Windstrom ist
200 also ein wichtiger Baustein, um eine nachhaltige Energieversorgung und damit die
201 deutschen Energie- und Klimaziele zu erreichen.

202 Wir fordern, Offshore-Windkraft als eine der zentralen Säule der Energiewende
203 besser zu unterstützen und folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 204 • Wir regen an zu prüfen, ob über den Flächenentwicklungsplan 2025 hinaus
205 Raum für mehr Offshore Windenergie in der Ostsee zur Verfügung gestellt
206 werden kann.
- 207 • Wir forcieren die Verknüpfung unseres Stromnetzes mit den europäischen
208 Nachbarn, um den grenzübergreifenden Handel mit günstigem erneuerbarem
209 Strom und die gemeinsame Versorgungssicherheit zu stärken.
- 210 • Wir fordern den zügigen Personalaufbau bei den Planungsbehörden, damit die
211 zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem
212 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, den Netzbetreibern und den
213 Küstenländern vereinbarten Offshore-Realisierungsvereinbarungen
214 fristgerecht umgesetzt werden können.
- 215 • Wir setzen uns für die Entwicklung von Küsten- und Hafenkonzepthen ein, um
216 Mecklenburg-Vorpommern als zentralen Standort für Offshore-Technologie und
217 industrielle Wertschöpfung nachhaltig zu stärken.
- 218 • Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen für die Mehrfachnutzung von
219 Offshore-Windparks schaffen, insbesondere zur Integration von Blue
220 Economy-Anwendungen wie der Meeresalgenproduktion an unterseeischen
221 Strukturen der Windkraftanlagen.

222 Ergänzend soll eine grüne Wasserstoff-Infrastruktur aufgebaut werden

- 223 • Wir setzen uns dafür ein, bestehende fossile Infrastrukturen in grüne
224 Wasserstoff-Infrastruktur umzunutzen, um bestehende Strukturen effizient
225 weiterzuverwenden und Kosten zu senken. Dabei muss immer auch die Nutzung
226 von Abwärme mitbedacht werden.
- 227 • Wir unterstützen gezielte und langfristige Investitionen in Wasserstoff-
228 Technologien und Speicherlösungen, die das grüne Wasserstoffkernnetz
229 sinnvoll ergänzen und die Energiewende absichern.
- 230 • Wir fordern den zügigen Ausbau der Hafeninfrastruktur, um die Anlandung,
231 das Bunkern und das Betanken mit Wasserstoff flächendeckend zu ermöglichen
232 und Häfen zukunftsfähig aufzustellen.

233 4. Wirtschaft – Nachhaltigkeit als Chance für Mecklenburg-Vorpommern

234 Die maritime Wirtschaft ist ein zentraler Wirtschaftszweig in Mecklenburg-
235 Vorpommern und insbesondere für den Bereich der erneuerbaren Energien auf
236 Wachstumskurs. Die Fischerei hingegen steht vor existenziellen
237 Herausforderungen. Der Klimawandel, Jahrzehnte der Überfischung und hohe
238 Nährstoffeinträge ließen die Bestände von Dorsch und Hering massiv einbrechen.
239 Gleichzeitig bieten nachhaltiger Tourismus, eine umweltfreundliche maritime
240 Wirtschaft und innovative Technologien große Chancen für die Zukunft.

241 Wir fordern eine nachhaltige Wirtschaft an der Ostsee.

242 Nachhaltige Seehäfen:

- 243 • Statt Flächenerweiterungen in ökologisch sensiblen Küstenabschnitten soll
244 eine effizientere Nutzung der bestehenden Hafeninfrastruktur priorisiert
245 werden. Bei unvermeidbaren Kapazitätserweiterungen sollen Flächen im
246 Hinterland genutzt werden, die eine geringere ökologische Sensibilität
247 aufweisen. Hierfür sind entsprechende raumplanerische Konzepte zu
248 entwickeln.
- 249 • Die landseitige Stromversorgung für Schiffe (Shore Power) soll in allen
250 Ostseehäfen des Landes flächendeckend ausgebaut werden, um die
251 Luftverschmutzung durch laufende Schiffsmotoren in den Häfen zu
252 reduzieren. Bei der Auslegung der Anschlussleistung sind zukünftige
253 Entwicklungen wie der mögliche Einsatz batterieelektrischer
254 Schiffsantriebssysteme zu prüfen und ggf. zu berücksichtigen.
- 255 • Die Anbindung der Häfen an das Schienennetz muss deutlich verbessert
256 werden. Ein Großteil des Hinterlandverkehrs der Ostseehäfen soll auf die
257 Schiene verlagert werden. Dafür sind entsprechende Infrastrukturmaßnahmen
258 zu planen und umzusetzen.
- 259 • In allen Ostseehäfen sollen moderne Abfallentsorgungskonzepte
260 implementiert werden, die eine umweltgerechte Entsorgung von
261 Schiffsabfällen zu gewährleisten und Anreize für Abfallvermeidung zu
262 schaffen.

263 Zukunft der Werften – Nachhaltige Transformation statt Krise

- 264 • Wir wollen nachhaltiges und umweltfreundliches Schiffsrecycling an
265 Standorten in Mecklenburg-Vorpommern fördern. Dafür fordern wir ein
266 Konzept für die Etablierung moderner Schiffsrecycling-Betriebe zu
267 entwickeln, die höchsten Umwelt- und Arbeitsschutzstandards entsprechen.
268 Gleichzeitig soll sich die Landesregierung auf Bundesebene für die
269 notwendige Anpassung gesetzlicher Rahmenbedingungen einsetzen, um diese
270 zukunftsträchtige Branche in Deutschland zu ermöglichen.
- 271 • Die Werften und Zulieferbetriebe sollen bei der Umstellung auf
272 klimafreundliche Schiffstechnologien unterstützt werden, sowohl bei
273 Entwicklung und Bau von Schiffen mit alternativen, nachhaltigen
274 Antriebssystemen als auch Reedereien und Schiffseigner bei der Umrüstung
275 ihrer Flotten auf umweltfreundlichere Technologien.
- 276 • Die Forschungsinfrastruktur für maritime Technologien in Mecklenburg-
277 Vorpommern soll ausgebaut werden, indem branchenspezifische
278 Technologiezentren, insbesondere der Ocean Technology Campus im
279 Fischereihafen Rostock, gefördert werden.
- 280 • Es soll ein Programm entwickelt werden, um die Werftindustrie in den
281 Ausbau erneuerbarer Energien zu integrieren. Dabei sollen Werften und
282 maritime Zulieferer bei der Umstellung ihrer Produktion auf Komponenten
283 für Offshore-Windkraftanlagen und andere erneuerbare Energietechnologien
284 unterstützt werden. Dies umfasst Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte

285 sowie Investitionsförderungen für notwendige Umrüstungen der
286 Produktionsanlagen.

287 Nachhaltiger Tourismus – Natur und Wirtschaft in Einklang bringen

- 288 • Der aktuelle Gesetzesentwurf zum Landestourismusgesetz soll um
289 verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Hotels, Gastronomie und
290 Freizeitangebote ergänzt werden. Diese Kriterien sollen ökologische
291 Standards, regionale Wirtschaftskreisläufe und soziale Nachhaltigkeit
292 umfassen.

- 293 • Das Land muss strenge Vorgaben für die Planung und Genehmigung
294 touristischer Großprojekte in natursensiblen Bereichen entwickeln. Diese
295 Vorgaben müssen eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung,
296 Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeitsbewertung beinhalten. Touristische
297 Großprojekte wie der geplante Center-Parcs auf der Halbinsel Pütznitz
298 werden derzeit ohne ausreichende Berücksichtigung von Umweltbelangen und
299 ohne angemessene Bürgerbeteiligung vorangetrieben. Dies führt zu
300 Konflikten und gefährdet die Akzeptanz des Tourismus in der Bevölkerung
301 [5].

- 302 • Ein landesweites Verkehrssteuerungskonzepts für touristische Hotspots soll
303 in Zusammenarbeit mit Kommunen und Tourismusverbänden erarbeitet werden.
304 Darin sollen insbesondere kostenlose Shuttlebusse und Park-and-Ride-
305 Angebote mitgedacht werden. Die Verkehrssituation auf Rügen und dem
306 Fischland/Darß hat sich in den Sommermonaten dramatisch zugespitzt. Hier
307 bedarf es intelligenter Verkehrslösungen, um Staus zu vermeiden und die
308 Umweltbelastung zu reduzieren.

- 309 • Wir fordern die Einführung einer landesweiten Gästekarte, die zur
310 kostenlosen Nutzung des ÖPNV berechtigt und auch für Einheimische zu
311 vergünstigten Konditionen verfügbar ist. Parallel dazu soll das ÖPNV- und
312 SPNV-Angebot in touristischen Regionen ausgebaut werden. Das würde nicht
313 nur den Individualverkehr reduzieren, sondern auch die Attraktivität des
314 Urlaubsziels Mecklenburg-Vorpommern steigern. Gleichzeitig profitieren
315 Einheimische von einem verbesserten ÖPNV-Angebot.

- 316 • Ein Förderprogramm für sanften Tourismus in den Nationalparks soll
317 aufgelegt werden. Dieses soll Projekte unterstützen, die Naturerlebnisse
318 und Umweltbildung in den Mittelpunkt stellen und besonders nachhaltige
319 Tourismuskonzepte entwickeln. Nationalparks wie Vorpommersche
320 Boddenlandschaft/Jasmund zeigen bereits erste Überlastungserscheinungen.
321 Ein nachhaltiges Besuchermanagement ist erforderlich, um diese wertvollen
322 Naturräume zu schützen.

- 323 • In den Küstenregionen sollen Tourismus-Bürger*innenräten eingerichtet
324 werden, die bei der Entwicklung touristischer Konzepte mitwirken und die
325 Interessen der lokalen Bevölkerung vertreten. Die Einbindung der lokalen
326 Bevölkerung stärkt die Akzeptanz des Tourismus und ermöglicht eine
327 Entwicklung, die den Bedürfnissen der Menschen vor Ort gerecht wird.

- 328 • In den Häfen Mecklenburg-Vorpommerns soll eine gestaffelte Umweltabgabe
329 für Kreuzfahrtschiffe eingeführt werden, deren Höhe sich nach

330 Schiffsgröße, Umweltstandards und Verweildauer richtet. Die Einnahmen
331 sollen zweckgebunden für Umweltschutzmaßnahmen verwendet werden.

332 Nachhaltige Fischerei und Schutz der Meeresressourcen:

- 333 • Fischereibetriebe sollen künftig bei der Diversifizierung unterstützt
334 werden, zum Beispiel in Bereichen der Erschließung neuer Zielarten,
335 Tourismus, Umweltbildung und Meeresnaturschutz. So wird die
336 wirtschaftliche Stabilität der Betriebe gesichert.
- 337 • Die Zusatzqualifikation zum Fachwirt „Fischerei und Meeresumwelt“ (Sea-
338 Ranger) soll verstetigt werden. Sie soll in die Ausbildung zur
339 Fischwirt*in integriert werden, um zur Diversifizierung und Stabilisierung
340 von Einkommen insbesondere in der Küstenfischerei beizutragen und das
341 Berufsbild zeitgemäß und vor allem auch attraktiv zu gestalten.
- 342 • Forschung und Beratung für Fischereiunternehmen soll stärker gefördert
343 werden, um Nachhaltigkeit in der Fischerei und umweltfreundliche
344 Fangmethoden zu entwickeln.
- 345 • Es soll eine Landesförderung geschaffen werden, die speziell auf die
346 nachhaltige Kleinfischerei ausgerichtet ist.

347 5. Sicherheitspolitik: Tatort Ostsee

348 Die geopolitischen Spannungen in der Ostseeregion nehmen zu. Der maritime Raum
349 Mecklenburg-Vorpommerns gerät stärker in den Fokus internationaler Akteure.
350 Insbesondere die russische Schattenflotte stand dabei zuletzt wiederholt im
351 Verdacht. Viele dieser Schiffe fahren unter wechselnden Flaggen, sind über
352 verschachtelte Konstrukte in Drittstaaten registriert und umgehen gezielt
353 Sanktionen. Sie nutzen Täuschungstaktiken wie das Abschalten von
354 Ortungssystemen, um ihre Herkunft und ihre Fracht zu verschleiern. So verlor der
355 Öltanker Eventin im Februar 2024 die Manövrierfähigkeit und drohte zu
356 havarieren. Kurz darauf kam es zu einem ähnlichen Notfall des Tankers Jazz, bei
357 dem Sabotage vermutet wird. Ende 2024 durchtrennte das Schiff Eagle S
358 Unterseekabel zwischen Estland und Finnland. All diese Vorfälle zeigen: Energie-
359 und Kommunikationsleitungen in der Ostsee geraten systematisch ins Visier - mit
360 weitreichenden Folgen. Stromverbindungen und Kommunikationskabel sind essenziell
361 für Versorgung, Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Hinzu kommt das
362 Umwelt- und Sicherheitsrisiko durch alte, schlecht gewartete Öltanker. Im
363 Havariefall drohen verheerende Folgen für Natur und Küstenregionen.

364 Vor diesem Hintergrund begrüßen und unterstützen wir den Aufbau der NATO Baltic
365 Task Force in Rostock und die enge Zusammenarbeit mit der NATO Mission Baltic
366 Sentry.

367 Doch wir wollen noch weitere Maßnahmen ergreifen, um den Frieden im Ostseeraum
368 zu sichern.

369 Katastrophenschutz ausbauen

- 370 • Relevante Teile der Union Preparedness Strategy sollen umgesetzt werden -
371 mit besonderem Fokus auf den Ausbau und regelmäßige Wartung von
372 Frühwarnsystemen für verschiedene Katastrophenszenarien (Hochwasser,

373 Sturmfluten, Waldbrände etc.). Zudem sollen Redundanzen für kritische
374 Infrastruktur geschaffen werden, insbesondere für Krankenhäuser,
375 Feuerwehren und andere Einrichtungen des Katastrophenschutzes: Die
376 Durchführung regelmäßiger Übungen und Stresstests für verschiedene
377 Einsatzszenarien unter Einbeziehung aller relevanten Akteure sollen
378 ebenfalls vorangetrieben werden.

379 • Der 2021 beschlossene Schulungsstandort der „Bundesakademie für
380 Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung“ auf dem Stralsunder Dänholm
381 mit dem Schwerpunkt „Wasserrettung“ ist umgehend durch das
382 Bundesinnenministerium umzusetzen. Die für den Neubau benötigten Gelder
383 sind durch den Bundeshaushalt bereitzustellen.

384 • Die Koordination zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen muss verbessert
385 werden. Es braucht dafür die Etablierung klarer Kommunikations- und
386 Entscheidungsstrukturen zwischen kommunaler, Landes- und Bundesebene,
387 sowie regelmäßige gemeinsame Übungen und Schulungen der
388 Katastrophenschutzbehörden aller Ebenen, dabei muss Katastrophenschutz
389 inklusiv gedacht werden. Die Ausarbeitung klar definierter Zuständigkeiten
390 und Reaktionsmechanismen muss ebenfalls forciert werden.

391 • Absicherung gegen wirtschaftliche Schäden und Umweltkatastrophen durch die
392 Einrichtung eines Landeshilfsfonds für Katastrophenfälle, in denen
393 Verursacher nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.

394 • Die Kooperation mit dem privaten Sektor soll intensiviert werden,
395 insbesondere beim Austausch von Informationen durch die Betreiber der
396 Unterseekabel, um eine schnelle Reparatur zu gewährleisten und damit den
397 potenziellen Schaden zu minimieren.

398 Sicherheit im Ostseeraum stärken

399 • Die Zusammenarbeit mit allen Ostseeanrainern zur zivilen
400 Konfliktprävention und Friedenssicherung muss intensiviert werden. Dies
401 umfasst insbesondere die konsequente Umsetzung des VN-
402 Seerechtsübereinkommens und die Stärkung regionaler Kooperationsformate
403 wie dem Ostseerat.

404 • Für maritime Notfälle muss ein verbindlicher Krisenreaktionsmechanismus
405 etabliert werden, der eine enge Koordination und Kooperation bei der
406 Reparatur beschädigter Infrastruktur sowie bei der Festsetzung von
407 Schiffen, die Schäden verursachen, gewährleistet. Dieser Mechanismus soll
408 proaktiven Informationsaustausch und schnelle Kommunikationskanäle
409 zwischen den zuständigen Behörden der Ostseestaaten sicherstellen.

410 • Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Schutzkonzepts
411 für kritische maritime Infrastruktur, insbesondere für Seehäfen,
412 Unterwasserpipelines, Stromleitungen und Datenkabel. Dies beinhaltet
413 Investitionen in fortschrittliche Überwachungstechnologien wie
414 hydroakustische Systeme und unbemannte Unterwasserdrohnen zur
415 Echtzeitüberwachung. Die Maßnahmen sollen an bestehende NATO-Initiativen

416 angebunden und mit zukünftigen EU-Maßnahmen wie der Cable Security Toolbox
417 harmonisiert werden.

418 • Der Dialog zwischen Umwelt- und Sicherheitspolitik soll intensiviert und
419 gefördert werden. Ziel ist es, militärische Aktivitäten in der Ostsee
420 umweltverträglich zu gestalten und Risiken für die maritime Ökologie zu
421 minimieren. Dabei soll die Durchsetzung von Umweltschutz- und
422 Sicherheitsstandards gemäß dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten
423 Nationen konsequent verfolgt werden.

424 Vorgehen gegen gezielte Sabotage

425 • Um die Sicherheit des Seeverkehrs in der Ostsee angesichts des steigenden
426 Verkehrsaufkommens zu erhöhen, sind moderne Navigationshilfen, verbesserte
427 Schiffsverkehrsdienste (VTS) und strenge Sicherheitsvorschriften
428 einzuführen und konsequent anzuwenden.

429 • Eine koordinierte Strategie soll entwickelt werden, um die von der
430 russischen "Schattenflotte" ausgehenden Bedrohungen zu bekämpfen. Auch
431 soll es künftig eine verstärkte Überwachung des Seeverkehrs und
432 intensiveren Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse zwischen den
433 Ostseeanrainerstaaten geben.

434 • Es braucht einen klaren Rechtsrahmen zur Durchsetzung von Vorschriften zur
435 Minimierung von Sicherheitsrisiken, einschließlich der rechtssicheren
436 Option, Schiffe bei Verstößen gegen Sicherheitsbestimmungen festzusetzen.
437 Der Fall der Festsetzung des Tankers "Eventin" hat gezeigt, dass
438 Unklarheiten im rechtlichen Rahmen bestehen, die dringend beseitigt werden
439 müssen [6].

440 • Dringend notwendig sind die Einführung einer strengeren Überprüfung der
441 Versicherungen von Schiffen und die Unterbindung des illegalen Verkaufs
442 von Tankern an die russische Schattenflotte. Dies soll durch ein Verbot
443 für Schiffe ohne entsprechende Versicherung, sich in EU-Gewässern
444 aufzuhalten, gelingen sowie durch die Einführung einer nationalen
445 Steuerung von Schiffsverkäufen durch Reedereien mit vorheriger
446 Risikoprüfung.

447 • Schiffe, die unter Umgehung der von der EU verhängten Sanktionen
448 russisches Rohöl transportieren, sollen konsequent sanktioniert werden.

449 • Auf Bundesebene soll ein Sicherheitsgesetz erarbeitet werden, das die
450 Zuständigkeiten innerhalb der deutschen Hoheitsgewässer klar regelt und
451 Handlungssicherheit für die beteiligten Behörden schafft. Die
452 Landesregierung soll dabei unterstützen.

453 • Die Kapazitäten der Wasserschutzpolizei in Mecklenburg-Vorpommern müssen
454 erhöht werden, um eine effektivere Überwachung der Schifffahrtswege in den
455 Küstengewässern des Landes zu gewährleisten.

456 FAZIT

457 Klimaschutz und Sicherheit sind Gemeinschaftsaufgaben, die wir nur gemeinsam
458 bewältigen können. Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, Vorreiter beim
459 Schutz der Ostsee und auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu werden. Das
460 gelingt aber nur, wenn wir ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Vernunft
461 und sicherheitspolitisches Denken miteinander verbinden – anstatt sie
462 gegeneinander auszuspielen. Eine gesunde Umwelt ist keine Nebensache, sie ist
463 die Grundlage für Wohlstand und soziale Stabilität. Die Ostsee zeigt uns, wie
464 alles zusammenhängt: Wo Natur geschützt wird, bleibt Lebensqualität erhalten. Wo
465 nachhaltige Energie erzeugt wird, wächst die Unabhängigkeit. Und wo wir
466 gemeinsam handeln, entstehen Zukunftsperspektiven für alle. Deshalb fordern wir,
467 jetzt mutig voranzugehen – für eine starke Region, eine gesunde Ostsee und ein
468 Leben in Sicherheit und Frieden.

469 Referenzen:

- 470 [1] 41. Deutsche Tourismusanalyse 2025, BAT-Stiftung für Zukunftsfragen.
- 471 [2] European State of the Climate 2024, Copernicus Climate Change Service (C3S)
472 and the World Meteorological Organization (WMO) and European Union, represented
473 by the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts (ECMWF), 2025.
474 <https://climate.copernicus.eu/esotc/2024>.
- 475 [3] Landesverordnung über besondere Anforderungen an die Düngung in belasteten
476 Gebieten (Düngelandesverordnung – DüLVO M-V), Anlage 1, 17. Januar 2023.
- 477 [4] Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer – Bestandsaufnahme und
478 Empfehlungen (Stand 2011), Meeresumwelt Aktuell Nord- und Ostsee, 2011/3,
479 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), Hamburg und Rostock 2011.
- 480 [5] <https://www.kein-massentourismus-auf-puetnitz.de/2024/06/29/center-parcs-will-nach-alternativem-standort-fuer-puetnitz-suchen-wir-wollen-jetzt-klarheit/>
- 481 [will-nach-alternativem-standort-fuer-puetnitz-suchen-wir-wollen-jetzt-klarheit/](https://www.kein-massentourismus-auf-puetnitz.de/2024/06/29/center-parcs-will-nach-alternativem-standort-fuer-puetnitz-suchen-wir-wollen-jetzt-klarheit/)
- 482 [6] [https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tanker-eventin-rechtsmittel-](https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tanker-eventin-rechtsmittel-100.html)
483 [100.html](https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tanker-eventin-rechtsmittel-100.html)

Unterstützer*innen

Rebecca Kreidemeier (KV Vorpommern-Greifswald); Irene Blendinger (KV Mecklenburgische Seenplatte)